

Gemeinderatssitzung vom 26.11.2018

Flüchtlinge und Wohnungsnot wichtigste Themen in Baden-Baden – 875 Flüchtlinge, davon 602 Männer – Keine Manöverkritik zur Wohnbaupolitik

Baden-Baden, 28.11.2018, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch **Von 875 Flüchtlingen in Baden-Baden sind 602 Männer und 273 Frauen, berichtete Peter Weingärtner am Montagabend in der öffentlichen Sitzung des Baden-Badener Gemeinderats über eine Schlüsselzahl zum politisch wohl emotionalsten Thema der letzten Jahre. Der Anteil der Flüchtlinge ist mit 169 Menschen aus Syrien am größten. Auch auf den Plätzen zwei bis fünf folgen afrikanische Herkunftsländer: Gambia 143, Nigeria 109, Kamerun 104 und Irak 71.**

Von einer Kuriosität berichtet der Mitarbeiter des Fachbereichs Bildung und Soziales der Stadt Baden-Baden. Auffällig ist, dass in der Aufzählung auch 15 Personen aus Deutschland auftauchen.

Peter Weingärtner erklärte, dass es sich dabei um Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft handele, deren Väter Deutsche seien und die Mütter Flüchtlinge. Die Väter übten das Sorgerecht nicht aus und deshalb lebten die Kinder bei ihren Müttern in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt.

Neben dem Bericht über die Flüchtlingssituation nahm auch die Fortschreibung der Strategischen Entwicklungsplanung bis 2030 für Baden-Baden einigen Raum in der Sitzung ein. Oberbürgermeisterin Margret Mergen berichtete, dass 70 bis 80 Prozent der Ziele aus der Strategischen Entwicklungsplanung 2020 in den vergangenen sieben Jahren bereits umgesetzt worden seien oder sich gerade in der Umsetzung befinden würden. Eine Manöverkritik fand im Gemeinderat dazu nicht statt. In die Fortschreibung der Strategischen Entwicklungsplanung sei nun das Thema Digitalisierung aufgenommen worden und Top-Thema Nummer 1 sei die Wohnungsbeschaffung. Auch hierzu gab es im Baden-Badener Gemeinderat keine Lessons-Learned-Diskussion zur Wohnungsnot und etwa zu den Versäumnissen der Baden-Badener Kommunalpolitik bei den Luxus-Wohnbauprojekten auf dem Vincentius- und dem SWR-Gelände, wo es keine Bemühungen gegeben hatte Wege zu finden, um wenigstens einen Teil der mehr als 400 entstehenden Wohneinheiten dem Angebotssegment der Normalverdiener zuzuführen.

In fünf bis sechs Jahren sei eine Evaluierung der Fortschreibung strategischen Entwicklungsplans der Stadt Baden-Baden geplant, kündigte OB Mergen an. Im

Grundsatz begrüßten und lobten alle Fraktionen im Gemeinderat die Fortschreibung der Strategischen Entwicklungsplanung. Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, forderte, der Aktivierung der Jugendbeteiligung in Baden-Baden mehr Rechnung zu tragen und die Einrichtung eines Stadtseniorenrates. Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler, forderte, die Bedeutung der Vereine gezielt zu fördern, Heinrich Liesen, FBB, fehlt die Bewerbung als UNESCO-Weltwerke als Thema des Entwicklungsplanung und Rolf Pilarski, Sprecher der FDP-Gruppe, sieht das Thema «Sicherheit im öffentlichen Raum verharmlosend» behandelt und forderte konkretere Maßnahmen. Auch die Grünen hatten eine Liste von Änderungswünschen eingereicht.

***goodnews4*-Protokoll zur 48. Sitzung des Gemeinderates**

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Peter Weingärtner, Fachbereich Bildung und Soziales, berichtete über die aktuelle Flüchtlingssituation in Baden-Baden zum Stand Mitte November 2018:

- 33 sogenannte unbegleitete minderjährige Ausländer, UMA, sind von der Stadt Baden-Baden untergebracht. Davon sind 9 Personen minderjährig und 24 zwischenzeitlich volljährig, 32 der jungen Flüchtlinge sind männlich, eine weiblich.
- Insgesamt sind 875 Menschen in den städtischen Unterkünften untergebracht. Jeweils zum Stand 31. Dezember waren es im Jahr 2017 887 Menschen und im Jahr 2016 882 Menschen.
- Die durchschnittliche Neuzuweisung liegt bei monatlich fünf Personen, was auch der Prognose für das Jahr 2019 entspreche.
- Von den 875 Flüchtlingen in Baden-Baden sind 602 Männer und 273 Frauen.
- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen sei mit 192 deutlich angestiegen auf 22 Prozent, zu Beginn der Flüchtlingskrise seien es noch 11 Prozent gewesen. 86 Kinder sind 0 bis 2 Jahre alt, 31 sind 3 bis 5 Jahre alt, 58 sind 6 bis 14 Jahre alt und 17 Kinder sind 15 bis 18 Jahre alt.
- Die Herkunft der Flüchtlinge: 169 aus Syrien, 143 aus Gambia, 109 aus Nigeria, 104 aus Kamerun, 71 aus Irak, 54 aus Eritrea, 35 aus Somalia, 18 aus Pakistan, 17 aus Togo. Auffällig ist, dass in der Aufzählung auch 15 Personen aus Deutschland auftauchen. Peter Weingärtner erklärte, dass es sich dabei um Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft handele, deren Väter Deutsche seien und die Mütter Flüchtlinge. Die Väter übten das Sorgerecht nicht aus und deshalb lebten die Kinder bei ihren Müttern in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt.

– 368 Personen haben eine Aufenthaltsgestattung. Im Jahr 2017 waren es 454 und im Jahr 2016 583 Personen. 400 Menschen haben eine Aufenthaltserlaubnis und 107 eine Duldung.

– 200 Personen erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, im Jahr 2016 waren es 632 Personen und im Jahr 2017 477. 400 Personen haben Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, im Jahr 2016 waren es nur 255 und im Jahr 2017 schon 405 Personen. 245 Menschen befinden sich in Arbeit, dies sei deutlich mehr als die Hälfte der Personen, die arbeitsfähig seien.

– Die Auslastung der städtischen Unterkünfte beträgt 90 Prozent.

Als «Problemlage» beschrieb Peter Weingärtner den «Verlust der Arbeit durch Arbeitsverbot aufgrund fehlender Pässe und die dazu notwendige Identitätsklärung». Dadurch hätten zwischen Mitte Oktober und Mitte November 2018 nach Ablehnung ihres Asylantrags 25 Personen ihre Arbeit verloren. Dadurch hätten diese Menschen auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, könnten sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten und müssten zurück in die städtischen Unterkünfte. Auch den Arbeitgebern bereite diese Situation Probleme. Derzeit finde eine Diskussion auf Bundesebene darüber statt, um eine verträgliche Lösung zu finden.

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Bürgerin Rita Hampp meldete sich zu Wort und regte an, freies WLAN im Jobcenter der Stadt Baden-Baden verfügbar zu machen. Oberbürgermeisterin Margret Mergen sagte zu, diese Bitte aufzunehmen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Strategische Entwicklungsplanung Baden-Baden - Fortschreibung 2030

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Wie in der Sitzung des Gemeinderats am 25.06.2018 vereinbart (siehe Drucksache Nr. 18.244) hat die Verwaltung die Ergebnisse der Klausurtagung vom März 2018 sowie die Anregungen aus den Bürgerworkshops von Anfang Juli 2018 über die Sommermonate aufgearbeitet und legt nun die Fortschreibung 2030 des Strategischen Entwicklungsplans Baden-Baden vor. Im Interesse einer besseren Zuordnung und Vergleichbarkeit lehnt sich die Fortschreibung weitgehend an Struktur und Themen der Strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020 an. Auf Strategieebene wird weitgehend an den bisherigen Zielen festgehalten, da diese ursprünglich ja auch langfristig*

ausgerichtet waren. Der Änderungs- und Fortschreibungsbedarf spiegelt sich somit vor allem auf der Projekt- und Planungsebene wider.

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#) und [PDF Anlage](#)

OB Mergen berichtete, dass 70 bis 80 Prozent der Ziele aus der Strategischen Entwicklungsplanung 2020 in den vergangenen sieben Jahren bereits umgesetzt worden seien oder sich gerade in der Umsetzung befinden. Neu sei in die Fortschreibung der Strategischen Entwicklungsplanung das Thema Digitalisierung aufgenommen worden, Top-Thema Nummer 1 sei Wohnungsbeschaffung. In fünf bis sechs Jahren sei eine Evaluierung der Fortschreibung geplant.

Alle Fraktionen begrüßten und lobten die Fortschreibung der Strategischen Entwicklungsplanung. Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, forderte der Aktivierung der Jugendbeteiligung in Baden-Baden mehr Rechnung zu tragen und die Einrichtung eines Stadt seniorenrates. Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler, forderte, die Bedeutung der Vereine gezielt zu fördern, Heinrich Liesen, FBB, fehlte die Bewerbung als UNESCO-Weltwerbe als Thema der Entwicklungsplanung und Rolf Pilarski, Sprecher der FDP-Gruppe, sieht das Thema «Sicherheit im öffentlichen Raum verharmlosend» behandelt und forderte konkretere Maßnahmen. Auch die Grünen hatten eine Liste von Änderungswünschen eingereicht: [PDF](#)

Die Änderungswünsche der Grünen zu Wirtschaftsförderung, Erneuerbare Energie und Ganztagesbetreuung wurden vom Gemeinderat abgelehnt, der Vorlage der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 5 Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Nach Vorberatung im Sozialausschuss beschließt der Gemeinderat die Einführung eines Zuschusses zum Erwerb von Monatskarten, bzw. Jahreskarten für den Stadtverkehr in Baden-Baden -genannt Sozialticket- zur preisgünstigen Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Die Vergünstigung wird älteren Personen und Personen mit Behinderungen mit geringen Einkommen gewährt, ebenso Alleinerziehenden mit geringen Einkommen. Die Vergünstigung soll ab Vollzug des nächsten Doppelhaushalts, voraussichtlich ab Frühjahr 2020 gelten. Der Gemeinderat bittet die Verwaltung vorbehaltlich der Haushaltslage, Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 291.000 Euro in den Doppelhaushalt 2020/21 einzustellen.*

Das Tarifsystem des Karlsruher Verkehrsverbundes ist sehr differenziert. Es werden Einzelfahrkarten, Mehrfahrtenkarten und unterschiedliche Monatskarten angeboten. Die Verwaltung will die regelmäßige Mobilität der unter Punkt 2 dargestellten Personengruppen fördern und die Teilhabemöglichkeiten verbessern.

Diesem Ziel dienen insbesondere Zuschüsse zu Monatskarten. Die Förderung von Einzel- und Mehrfahrtenkarten ist aus Sicht der Verwaltung in der Abrechnung aufwendig, außerdem ist ein Missbrauchsrisiko vorhanden. Der Anteil im Regelsatz der Leistungsgewährung nach Sozialgesetzbuch II und XII beträgt derzeit für Alleinstehende und Haushaltsvorstände 34,66 Euro, in Partnerschaften 31,15 Euro. Der Preis der regulären Monatskarte beträgt 53,30 Euro, für die 9-Uhr-Monatskarte 50,50 Euro. Durch einen monatlichen Zuschuss von 20 Euro wäre der finanzielle Aufwand der Mobilität mit dem ÖPNV nahezu gedeckt und würde die Situation der Menschen mit geringen Einkommen erheblich verbessern. Um den begünstigten Personen die notwendige Flexibilität zu gewähren, soll der Zuschuss unabhängig von der gewählten Art der Monats- bzw. Jahreskarte gewährt werden. Schüler und Schülerinnen im Alter zwischen 7 und 18 Jahren nutzen häufig die ScoolCard. Sie kostet 47,50 Euro monatlich, der Anteil im Regelsatz beträgt für die Altersgruppe 7 bis 14 Jahre 26,93 Euro und bei den 15- bis 18jährigen 13,27 Euro. Auch hier ist ein Zuschuss in Höhe von 20 Euro gerechtfertigt. Ebenso wird der Erwerb von Jahreskarten gefördert. Hier wird der monatliche Zuschuss in der Jahressumme ausbezahlt. Die Leistungsberechtigung ist für den gesamten Jahreszeitraum darzulegen.

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmt bei einer Nein-Stimme zu.

TOP 6 Dauerhafte Einrichtung der Fachstelle Wohnraumsicherung

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Fachstelle Wohnraumsicherung wurde im Jahr 2014 aufgrund der hohen Anzahl von wohnungslosen Menschen in Baden-Baden zunächst befristet für 3 Jahre geschaffen (Vorlage 14.240 vom 23. Oktober 2014). Die Stelle war zwischen Oktober 2015 und März 2016 besetzt. Nach einjähriger Vakanz wurde sie im April 2017 mit der jetzigen Stelleninhaberin besetzt. Die Befristung endet zum 30. September 2019. Die Beibehaltung der Fachstelle ergibt sich aus folgenden Gründen: Die Fachstelle Wohnraumsicherung wird als Anlauf- und Beratungsstelle sehr gut angenommen. Die drohende Obdachlosigkeit kann in den meisten Fällen durch das Beratungsangebot abgewendet werden, die Abwendungsquote beträgt im Jahr 2018 bisher 92%. Da aber die Gesamtzahl der prekären Wohnverhältnisse stetig ansteigt, ist die Zahl der in städtischen Notunterkünften eingewiesenen Personen trotz der erfolgreichen Arbeit der Fachstelle gestiegen. Im Weiteren bestehen konzeptionell und strukturell in der Wohnungslosenarbeit nach wie vor Handlungsbedarfe, die über die Fachstelle aufzuarbeiten sind. Hierzu wird auf Drucksache 18.328 verwiesen.

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 7 Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Fachstelle Wohnraumsicherung verfügt aktuell über wenige Möglichkeiten Wohnraum zu akquirieren bzw. zu erhalten. Der Engpass an bezahlbarem und sozialrechtlich angemessenem Wohnraum in der Region erschwert nach Obdachlosigkeit die Rückkehr in selbstangemietete Wohnungen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt. Oftmals wird die Wohnungssuche zusätzlich durch persönliche Probleme wie Alkohol- und Drogenabhängigkeit, psychische Erkrankungen und Verschuldung negativ beeinflusst. Die Fachstelle hat sich auf den Weg gemacht, durch neue Ansätze der Notlage Wohnungslosigkeit zu begegnen. Erste Erfolge konnten durch die Projekte «AusWegweiser» und «Lotsen aus der Wohnungslosigkeit» erzielt werden. Ziel der Arbeit der Fachstelle Wohnraumsicherung muss es weiterhin sein, die Zahl der obdachlosenrechtlichen Neueinweisungen zu mindern und bereits untergebrachte Personen auf dem Weg aus der Wohnungslosigkeit zu unterstützen. Mit der Vorlage wird auch der Antrag zum Thema «Wohnraumakquise durch Kooperation- Ein Modell auch für Baden-Baden?» vom Februar 2016 durch Herrn Stadtrat Schmoll behandelt.*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 8 Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in Baden-Baden / Doppelhaushalt 2020/2021

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Schulsozialarbeit in Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell. Nach Wiederaufnahme einer finanziellen Förderung durch das Land ist die Anzahl der Stellen stark angewachsen. Zum 31.7.2016 gab es in Baden-Württemberg 1341 Vollkraftstellen, 10 Jahre zuvor waren es erst 485. Kommunale Schulsozialarbeit gibt es in Baden-Baden seit 1996. Zur Entwicklung und Konzeption der Schulsozialarbeit wird auf die Drucksachen Nummer 14.077 und 17.229 verwiesen. Schulsozialarbeit hat sich inzwischen als nahezu unverzichtbarer Bestandteil des Bildungssystems erwiesen. Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist in der strategischen Entwicklungsplanung BadenBaden als Ziel verankert. Die weiterführenden Schulen in Baden-Baden sind inzwischen mit Schulsozialarbeit ausgestattet, wobei bei der Ausstattung der Gymnasien nachgebessert werden muss. Jetzt richtet sich der Fokus auf die Grundschulen. Hier kann Schulsozialarbeit im präventiven Bereich besonders wirksam sein. Inzwischen sind 5 Grundschulen mit Schulsozialarbeit versehen. Nun haben auch die Grundschulen Lichtental und Sandweier den Antrag auf Ausstattung mit Schulsozialarbeit gestellt.*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu

TOP 9 Eingruppierung der Baden-Badener Philharmonie

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, dass Spender der Baden-Badener Philharmonie für den Zeitraum 2019 und 2020 wie bereits seit 2016 jährlich 122.000 Euro zukommen lassen wollen. Die Zusagen beziehen sich letztmals auf diesen Zeitraum. Im Einzelnen fließen:

Baden-Baden Events GmbH 60.000 Euro

Spende 1 30.000 Euro

Spende 2 15.000 Euro

Spende 3 17.000 Euro

insgesamt 122.000 Euro

Diese Mittel sollen zweckgebunden dazu verwendet werden, den derzeit tariflich in Vergütungsgruppe D des TVK eingruppierten Musikerinnen und Musikern der Baden-Badener Philharmonie auch weiterhin für die Jahre 2019 und 2020 eine außertarifliche Zulage in Form einer monatlichen Leistungsprämie zu gewähren. Ab dem Jahr 2021 soll die Eingruppierung der Baden-Badener Philharmonie unmittelbar in Vergütungsgruppe B des TVK erfolgen. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, den Deutschen Bühnenverein - Bundesverband der Theater und Orchester zu beauftragen, in dieser Hinsicht Tarifverhandlungen mit der Deutschen Orchestervereinigung e.V. zu führen.

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Durchführungsvertrag «Wohnpark Balger Straße»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die MRC&I GmbH beabsichtigt auf den Grundstücken Balger Str. 7 und 7a sowie Rheinstr. 138 b die Errichtung von 7 Mehrfamilienwohnhäusern und der erforderlichen Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen auf Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 12 BauGB setzt den Abschluss eines Durchführungsvertrags zwischen der Stadt und der Vorhabenträgerin voraus. Über den Durchführungsvertrag ist vor Satzungsbeschluss zu beschließen. Das Vorhaben wird auf den Grundstücken Flurstück-Nr. 5829, 5829/4, 5829/6 und 5829/10 Gemarkung Oos errichtet, diese stehen im Eigentum der Vorhabenträgerin. Wesentlicher Inhalt des vorliegenden Vertrags ist die Verpflichtung der Vorhabenträgerin, das Vorhaben auf eigene Kosten entsprechend dem vorliegenden Vorhaben- und Erschließungsplan und den Festsetzungen im vorhabenbezogenen

Bebauungsplan innerhalb bestimmter Fristen durchzuführen. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich des Weiteren, auf 15,7% der Geschossflächen Wohnungen herzustellen, die den Förderkriterien für öffentlich geförderten Wohnungsbau entsprechen und auf 15 Jahre entsprechend den Förderkriterien zu nutzen. Diese Nutzungsverpflichtung wird durch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zugunsten der Stadt abgesichert. Der Vertrag enthält außerdem die üblichen Regelungen zu Haftung, Gewährleistung, Rechtsnachfolge usw. Die Anlagen zum Durchführungsvertrag fügen wir dieser Beschlussvorlage nicht bei, wir verweisen dazu auf die Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 18.287 Die dortigen Anlagen entsprechen denen des Durchführungsvertrages.

Stadträtin Astrid Sperling-Theis, Grüne, lobte zwar, dass bei dem Bauvorhaben 15 Prozent der Wohnungen den Kriterien des öffentlich geförderten Wohnungsbaus entsprechen sollen, kritisierte aber, dass «wenn man durch die Stadt» fahre, viele Wohnungen leer stehen würden und auch bei diesem Wohnbauprojekt wieder gehobener Wohnraum entstehen würde.

Der Gemeinderat stimmte bei einer Nein-Stimme zu.

TOP 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VbB) «Wohnpark Balger Straße»

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das Areal der früheren Ziegelei im Stadtteil Oos soll auf Grundlage des Siegerentwurfes der Mehrfachbeauftragung als Wohnquartier durch die MRC& I GmbH entwickelt werden. Die Zulässigkeit des geplanten Bauvorhabens wird über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Sinne von § 12 BauGB bestimmt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans trifft weitere und differenzierte projektbezogene Regelungen, die, sofern bodenrechtlich relevant, in den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und ergänzend im Durchführungsvertrag ihren Niederschlag finden. Nur solche Vorhaben sind im Rahmen der allgemeinen festgesetzten Nutzungen zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Zuletzt wurden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Es gingen Anregungen ein, die zur Änderung der Planung führten, welche die Grundzüge der Planung aber nicht berühren. Somit können die Satzungsbeschlüsse erfolgen.*

Der Gemeinderat stimmte bei einer Nein-Stimme zu.

**TOP 12 Erweiterung des Kiesabbaus durch Nassauskiesung im Gewann
«Forlenspitzen», Gemarkung Sandweier
Antrag der Fa. EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG auf
wasserrechtliche Planfeststellung**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Firma EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG mit Sitz in der Nelkenstraße 14, 76532 Baden-Baden beantragt nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die wasserrechtliche Planfeststellung für die geplante Erweiterung des Kiesabbaus durch Nassauskiesung im Gewann «Forlenspitzen», Gemarkung Sandweier. Die Fa. EKS hat zur mittel- bis langfristigen Rohstoffsicherung im Dezember 2017 die Erweiterung ihrer Abbaustätte um ca. 18,3 ha in nördliche Richtung eingereicht. Die beantragte Erweiterungsfläche ist in drei Teilbereiche untergliedert: Abbauabschnitt I.1 «Bereich Badezone des geplanten Strandbades und Teilbereich des ehemaligen Verkehrsgeländes Puysegur» (ca. 2,4 ha), Abbauabschnitt I.2 «Bereich des aktuellen Strandbades» (ca. 6,6 ha) und Abbauabschnitt II «Waldfläche im Niederwald» (ca. 9,3 ha). Gegen das Vorhaben wurden weder im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange noch im Zuge der Offenlage der Planunterlagen grundsätzliche Bedenken geäußert. Die vorgebrachten Belange können durch entsprechende Nebenbestimmungen zum Planfeststellungsbeschluss abgearbeitet werden.*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Für etwas Verwirrung sorgte eine Anfrage von FBB-Fraktionschef Martin Ernst, der fragte, ob sich die Gesamtfläche des PFC verseuchten Gebiets dadurch erhöhe, dass in dem bisher unbelasteten, 18,3 ha großen Gelände durch den Kiesabbau PFC belastetes Grundwasser ausgegraben werde. «Wir machen aus einer unbelasteten Fläche eine belastete Fläche.» Rudolf-Karl Teichmann, Leiter des Fachgebiets Umwelt und Arbeitsschutz der Stadt Baden-Baden, erklärte zunächst, dass im Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden insgesamt 644 Hektar Ackerfläche mit PFC belastet seien. Er wies darauf hin, dass die Fläche im Gewann «Forlenspitzen» die letzte mögliche Erweiterungsfläche für den Kiesabbau sei und bekannt sei, dass dort im Untergrund vorhandenes Grundwasser durch «Zustrom im Grundwasser» mit PFC belastet sei. Bei der Ermittlung der PFC belasteten Flächen zählten aber nur Ackerflächen und keine Seewasserflächen. Martin Ernst versuchte es daraufhin noch einmal mit einer anderen Formulierung und fragte, ob sich die Zahl der PFC-freien Flächen damit um 18,3 Hektar verringere, was Rudolf-Karl Teichmann dann bestätigte.

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionsvorsitzende, fand die Frage von Martin Ernst «wichtig und richtig» und bemängelte, dass es in Baden-Baden «keine richtige

Kontrolle über den Verbau von Mutterboden» gebe. Durch die Erweiterung der Kiesabbaufäche stehe nun unbelasteter Mutterboden zur Verfügung.

Der Gemeinderat stimmte bei drei Nein-Stimmen zu.

TOP 13 Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebs Stadtwerke Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtwerke Baden-Baden hat am 27. September 2018 in nicht öffentlicher Sitzung den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 des Eigenbetriebs Stadtwerke Baden-Baden in der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der EversheimStuible Treuberater GmbH, Stuttgart, versehenen Fassung vorberaten (siehe Drucksache 18.359). Der Prüfungsbericht zur örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist zur Kenntnisnahme in der Anlage beigelegt.*

Mehr: [PDF Schlussbericht](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 14 Jahresabschluss 2017 der Stadtwerke Baden-Baden und des verbundenen Unternehmens Parkgaragengesellschaft Baden-Baden mbH

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Zur Beratung und Beschlussfassung wurden vorgelegt:*

- *Jahresabschluss und Lagebericht 2017 für die Stadtwerke Baden-Baden und verbundenes Unternehmen*
- *Schlussberichte der EversheimStuible Treuberater GmbH zum Jahresabschluss 2017 der Stadtwerke Baden-Baden und des verbundenen Unternehmen erhalten die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher.*
- *Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.*

Mehr: [PDF Geschäftsbericht 2017](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 15 Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebs Umwelttechnik

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Umwelttechnik hat am 27. September 2018 in nicht öffentlicher Sitzung den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 des Eigenbetriebs Umwelttechnik in der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der EversheimStuible Treuberater GmbH, Stuttgart, versehenen Fassung vorberaten (siehe Drucksache 18.356). Der*

Prüfungsbericht zur örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist zur Kenntnisnahme in der Anlage beigelegt.

Mehr: [PDF Schlussbericht 2017 Eigenbetrieb Umwelttechnik](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 16 Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Umwelttechnik

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Zur Beratung und Beschlussfassung wurden vorgelegt:*

- Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 1+2) für den Eigenbetrieb Umwelttechnik*
- Schlussberichte der EversheimStuible Treuberater GmbH zum Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Umwelttechnik erhalten die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher.*
- Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.*

Mehr: [PDF Bilanz 31.12.2017](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 17 Anfragen aus dem Gemeinderat

Die Anfragen aus dem Gemeinderat reichten von der Forderung nach Fahrradständern am Spielplatz Sägmüllermatten von Stadträtin Astrid Sperling-Theis, Grüne, über den Hinweis von Beate Böhlen, dass der Platz vor dem Restaurant Rizzi unerlaubt als Parkplatz genutzt werde, über die Frage von Stadtrat Werner Schmoll, SPD, ob das Hotel Badischer Hof Abwassergebühr für den berühmten Thermalwasserbrunnen im Hotelpark bezahlen müsse und dieser deshalb abgestellt sei bis zu Beschwerden wegen Lärmbelästigen durch die Seilbahnruutsche auf dem Spielplatz Sägmüllermatten, die CDU-Fraktionschef Ansgar Gernsbeck von geplagten Anwohnern weiterleitete, und der üblichen Anfrage von Hans Schindler und diesmal auch Ansgar Gernsbeck, wann die Absperrung in der Geroldsauer Straße gegenüber der Geroldsauer Mühle entfernt werde.

Rolf Pilarski mahnte zudem, dass sein Schreiben aus dem September an OB Mergen bezüglich der Standortsuche für den Neubau einer Synagoge in Baden-Baden noch nicht beantwortet sei und jeder Bezug zu dem Begriff «zeitnah» verloren sei. [goodnews4.de berichtete](#). Beate Böhlen sprang ihrem Stadtrat-Kollegen zur Seite und erinnerte, dass die Stadtverwaltung innerhalb von drei Wochen auf Anfragen antworten müsse. OB Mergen machte Hoffnung, dass die Antwort in der «Schlussbeantwortung» sei.